



# Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

Nr. 114 • Die Woche im Bundestag • 30.03.2012

## Wir schaffen die Stabilitätsunion

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche das parlamentarische Verfahren für die neue europäische Stabilitätsarchitektur aufgenommen.

Bis zur Sommerpause wollen wir über das Gesetzespaket zur Schaffung einer Stabilitätsunion entscheiden. Seine sechs Bestandteile sind die Ratifizierungen des Fiskalvertrags, des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der ESM-Finanzierung, der europarechtlichen Verankerung des ESM sowie die Einführung von Umschuldungsklauseln in Bundeswertpapiere mittels einer Novelle des Bundesschuldenwesengesetzes und – aufgrund der vorgezogenen ESM-Bareinlage – ein Nachtragshaushalt 2012. Außerdem passen wir die Beteiligungsrechte des Bundestages an.

Darüber hinaus schlagen unsere politischen Partner bei IWF, den G20 und der Europäischen Union vor, dass der Rettungsschirm über die bislang auf 500 Milliarden Euro gedeckelten Hilfsmittel hinausgehen sollte. Insbesondere der IWF erwartet für die Aufstockung seines Beitrags auch einen größeren Haftungsrahmen der Euroländer.

Dazu muss man feststellen: Deutschland haftet effektiv lediglich für tatsächlich ausgezahlte Kredite, und der Deutsche Bundestag hat etwaige Hilfszusagen stets zu billigen. Auch hat die Rettungsschirmpolitik zusammen mit dem Fiskalvertrag und dem gelungenen griechischen Schuldenschnitt inzwischen zu spürbarer Entspannung an den Märkten für Staatsanleihen geführt.

Nicht zuletzt entlastet ein größerer Hilfsrahmen die EZB und schreckt Spekulanten stärker davon ab, gegen Staaten der Währungsunion zu wetten.

Das senkt unter dem Strich das faktische Haftungsrisiko.

Die Vorschläge sehen im Detail vor: Dauerhaft soll der ESM auf eine Ausleihkapazität von 500 Mrd. Euro begrenzt bleiben. Dieser Betrag ist glaubwürdig im Angesicht der wirtschaftlichen Stärke der Euroländer. Ein höherer Betrag wird in einer zukünftig stabileren Lage nicht erforderlich sein. Die Begrenzung auf insgesamt 500 Mrd. Euro (Konsolidierung) soll temporär durchbrochen werden, indem die bereits durch EFSF gebundenen Hilfszusagen von rund 200 Mrd. Euro (inkl. der noch bis zum Ende der Programme auszahlenden Tranchen) nicht anzurechnen sind. Damit entsteht eine neue konsolidierte Obergrenze von EFSF/ESM von bis zu 700 Mrd. Euro. Diese Obergrenze würde im Zuge der Kreditrückzahlung an die EFSF im Laufe der Zeit auf 500 Mrd. Euro zurückgeführt. Die EFSF stellt ihre Aktivitäten – wie vorgesehen – Mitte 2013 ein.

## Saarland legt vor

Annegret Kramp-Karrenbauer wird auch künftig Ministerpräsidentin an der Saar sein. Nach dem Auseinanderbrechen der bisherigen Koalition standen die Saarländerinnen und Saarländer vor der Wahl, wer die neue Regierung anführen soll.

Die Wähler haben sich eindeutig für die CDU entschieden. Ebenso erfreulich ist, dass die Linke deutlich verliert und so die Quittung für ihre oftmals weltfremden Forderungen erhalten hat. Die Menschen wissen, dass auf Pump kein Staat zu machen ist. Beendet wurde auch der Höhenflug der Grünen, die gerade noch halb so viele Mandate errungen haben wie die Piraten.

Gesiegt hat der Wunsch nach verlässlichen und stabilen politischen Verhältnissen.

### **Wir machen ernst mit der Eindämmung der Kalten Progression**

Mit dem zügigen Beschluss eines Gesetzes zum Abbau der kalten Progression verleihen wir unserer Politik für mehr Steuergerechtigkeit Nachdruck. Gleichzeitig setzen wir die verfassungsrechtliche Vorgabe für das steuerfreie Existenzminimum um. Die Expertenanhörung hat unseren Gesetzentwurf bestätigt.

Der Ball liegt jetzt beim Bundesrat. Blockiert er den Gesetzentwurf, so ginge dies vor allem zu Lasten der Beschäftigten mit niedrigeren Einkommen.

### **Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland so gering wie nirgendwo in Europa**

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland so gering wie in keinem anderen EU Mitgliedsstaat. Im Januar 2012 waren in Deutschland 7,8% der unter 25 Jährigen ohne Arbeit.

Im Vergleich hierzu lag in Spanien die Arbeitslosenquote in der gleichen Altersgruppe bei 49,9%. Auch in Frankreich lag die Jugendarbeitslosigkeit mit 23,3% weit über der deutschen Quote.

Im Februar 2012 ist die Zahl der Arbeitslosen unter 25 auf 293.000 gesunken, was einem Rückgang um noch einmal 1,5 Prozentpunkte auf eine Quote von 6,3% entspricht. Für den Herbst halten Experten in dieser Altersgruppe sogar eine Arbeitslosenquote von unter 5% für möglich. Die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen könnte in diesem Jahr somit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung sinken.

*(Quelle: Focus)*

### **Kommunales Finanzierungsdefizit 2011 gesunken**

Das kommunale Finanzierungsdefizit hat sich im Vergleich zum Vorjahr um fast 6 Milliarden Euro verringert, wie das Statistische Bundesamt mitteilt.

Während sich die Einnahmen um 5,2% auf 191,7 Milliarden Euro erhöhten, stiegen die Ausgaben mit 1,9% deutlich langsamer und

erreichten einen Wert von 194,5 Milliarden Euro. Der Zuwachs der kommunalen Einnahmen wurde vor allem durch die Zunahme an Steuereinnahmen (+9,1%) bestimmt.

Ausschlaggebend war ein Zuwachs von 13,2% bei der Gewerbesteuer auf 30,5 Milliarden Euro. Zudem bewirkte die gute Lage am Arbeitsmarkt Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer. Auf der Ausgabenseite resultierte der Zuwachs vor allem aus steigenden Personalausgaben gegenüber dem Jahr 2011 (+2,5%) und steigenden Ausgaben für die sozialen Leistungen.

*(Quelle Statistisches Bundesamt)*

### **Weniger Schüler im Schuljahr 2011/12**

Im laufenden Schuljahr werden rund 11,4 Millionen Kinder an deutschen Schulen unterrichtet. Dies ist ein Rückgang von 1,7% im Vergleich zum vorherigen Schuljahr.

Dabei verzeichnen die beruflichen Schulen einen doppelt so hohen Rückgang wie die allgemeinbildenden Schulen: 8,7 Millionen Schülerinnen und Schüler besuchen im laufenden Schuljahr allgemeinbildende Schulen (-1,3%), während berufliche Schulen von 2,6 Millionen Schülerinnen und Schülern besucht werden (-2,8%). Im Gegensatz dazu stieg die Anzahl der Schüler an Schulen des Gesundheitswesens um 1,5% auf 134.000.

Die Entwicklung dieser Zahlen unterscheidet sich im Hinblick auf Ost- und Westdeutschland. So hat die Anzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen in den neuen Ländern um 1,8% zugenommen, in den alten Ländern dagegen sank sie um 1,9%.

Besonders stark sank die Schüleranzahl in Bayern und Niedersachsen, da es hier mit dem laufenden Schuljahr nur noch achtjährige Gymnasien gibt und folglich eine Klassenstufe wegfällt. Bei den beruflichen Schulen sank die Schülerzahl im früheren Bundesgebiet um 1,8%, während sie in den neuen Ländern um 8,3% sank.

Der Grund für diesen Rückgang im Osten liegt laut Statistischem Bundesamt in den Auswirkungen des starken Geburtenrückgangs Anfang der 1990er Jahre.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*